

*Protonen Chlorid  
Molle*

IVK - Treffen am 13.11.76 in Frankfurt

Anwesend: Vertreter der Sektionen aus Holland, Belgien, Frankreich, Italien und BRD (Namen lass ich weg)

Folgende Problembereiche sollten diskutiert werden:

1. Gründung der belg. Sektion (Bericht)
2. Differenzen in der frz. Sektion
3. Inhaltliche Veränderung der Präambel
4. Einrichtung eines internat. Sekretariats
5. Anti-Terror-Deklaration der europ. Staaten

Die ital. Sektion berichtet von Aktivitäten, die zur Verhaftung von Susanne Mordhorst begonnen worden sind. Ihre Einschätzung ist, daß - vermittelt an dem konkreten Fall der Einwirkung von Staatsschutz-Behörden in der BRD auf die ital. Verfolgungsbehörden, sowie an dem früheren Beispiel des Rechtsanwalts Spazzali (Aufenthaltsbeschränkung auf Mailand) - die Voraussetzungen für eine Initiative, die das Problem der Anti-Terror-Erklärung sowie den Status der BRD in Europa (als Zentrum konterrevolut. Bewegungen) deutlich machen können, günstig sind. Ihr Vorschlag ist Ende Nov/Anf. Dez. eine internat. Pressekonferenz in Mailand zu organisieren (Terminvorschlag: 26.11./3. 12.)

1. Die belg. Sektion hat sich am 2. 10. gegründet. Die Voraussetzungen für politische Arbeit sind in Belgien ähnlich ungünstig wie z.B. in der BRD (d.h. viele versch. linke Splittergruppen, unkoordinierte Aktionen). Neben Komitees gegen Berufsverbote gibt es u.a. auch zwei (!) Komitees zur Unterstützung der RAF-Gefangenen. Das belg. IVK will sich zunächst auf Westeuropa in ihren Aktivitäten begrenzen, sieht in der BRD die wichtigste reaktionäre Funktion (ordinärer Faschismus in der BRD) für Westeuropa und will Konterrev. in der BRD transparent machen.

Kritik an der Organisation des IVK (Informationen kommen selten, meistens nur über Telefon, schlechte Verbindung zur frz. Sektion)

Kritik an der Präambel (in der Abstraktheit richtig, aber präziser zu formulieren).

Nach der Definition des Ziel des IVK bestimmt sich auch, wer im IVK mitarbeitet (dieser Satz bezog sich speziell auf das ideolog. Verwirr"spiel" in den vielen linken Organisationen).

+3. 2. In der frz. Sektion existieren Bestrebungen, den Charakter des IVK zu ändern (Mehrheitsfraktion), während die anderen (hauptsächl. RAF-Komitee = Minderheitsfraktion) kein Problem damit haben (beide Gruppen waren durch je einen Vertr. anwesend, jedoch waren die Hauptkritiker nicht gekommen; warum, wurde nicht klar.)

Die Auseinandersetzung in der frz. Sektion bildete den Hauptpunkt der Diskussion, war der Grund, warum das Treffen stattfand. Deshalb kurz die Argumente:

- 2
- a) wichtigster Punkt für die Kritik bildete die Präambel des IVK, d.h. der Satz "Die anti-imperialistischen und antifaschistischen Kämpfe entwickeln sich in den Ländern der dritten Welt und in den Metropolen". Darin wird eine politische Aussage und (gleichzeitig) Einengung gesehen, die dem Interesse des IVK, Aktionen auf breiter Basis gegen die Repression zu initiieren, entgegensteht. Die zit. Formulierung beinhaltet die klare Aussage, daß sich die Kämpfe entwickeln, dies sei nicht richtig (Kämpfe gibt's nicht), der Faschismus sei in Europa nicht existent. Nach ihrer Auffassung sei eine zunehmende Repression festzustellen, eine fortwährende Negation der Menschenrechte bzw. Bruch gesetzlich verankerter Rechte des Individuums. Dahingehend ist auch ihr Vorschlag, die Präambel zu verändern (Stichwort: seit den letzten Jahren sind zunehmende Schläge gegen die gesetzl. Bestimmungen bzw. gegen die Menschenrechte festzustellen - die genaue Formulierung liegt auf frz. vor, sie ist dem Protokolle angefügt).
- b) Die Auffassung, die BRD sei Zentrum der Reaktion in Westeuropa, sei falsch. Der Faschismus sei in ähnlichem Maß auch in anderen europ. Ländern festzustellen (wofür Beispiele genannt wurden), die BRD nehme darin zwar eine wichtige Funktion ein, sei jedoch nicht "Schrittmacher".
- c) Ihr (frz. Mehrheit) Vorschlag, die Präambel zu "neutralisieren" hätte den Vorteil, daß mehr Personen/Gruppen (Beispiele: Persönlichkeiten, linke Gewerkschaften, also Richterergewerkschaft, Anwälte usw.) sich im IVK engagieren könnten, also Verbreiterung der Basis
- d) Spezielle Kritik wird an der BRD-Sektion geübt: Die frz. Sektion müsse sich als Appendix der BRD-Sektion betrachten, da alle Initiativen, Aktivitäten von der Sektion BRD<sup>D</sup> ausgingen, sie fühlten sich instrumentalisiert, was einen Vertrauensdefizit zur Folge hätte. Von der BRD-Sektion werde über andere Gefangene keine Informationen gegeben, es ging lediglich um RAF-Gef. (Er nannte ein Beispiel von einem Arbeiter, der auch in Iso im Knast sei - war keinem bekannt)
- e) Für die Mehrheit des frz. IVK sei klar, daß die Repression zunehme, klar sei auch, daß sie die Verteidigung von Gef. unterstützen, jedoch mit dem Argument, daß hier die MRK usw. gebrochen würden, die Vert. geschieht nicht wegen der Politik, die den Gef. vorgeworfen wird.
- f) Unklar sei für sie die Verbindung bzw. Trennung von IVK und IUK (zu Ulrike), bzw. die Funktion, die die IUK haben könne (dieser Punkt war zunächst für die belg. Sektion auch unklar, wurde jedoch geklärt = belg. Sektion übernimmt, Rigaux anzusprechen)

Dies sind die wichtigsten Kritikpunkte der frz. Sektion (mehrheit), der dann von allen anderen die folgenden Argumente entgegengesetzt wurden (die belg. Sektion äußerte sich explizit dazu nicht, u.a. weil sie das 1. Mal an einer Sitzung teilnahmen)

a) Die Formulierung der Präambel sei Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse, die sich u.a. aus der Analyse der internat. Befreiungsbewegungen (z.B. Entebbe) ergeben. Die BRD erfüllt in dieser Auseinandersetzung Staathalterfunktionen für den amerik. Imperialismus bzw. treibt ihn selbst voran, hat in Westeuropa den Status des Polizisten, der -mittels ökon. Einwirkungen und in Zus.arbeit mit dem US-Imperialismus- darauf achten soll, daß die Befreiung vom I. nicht Wirklichkeit wird. Eine "neutrale" Formulierung ist gleichzusetzen mit der Verwässerung, Entpolitisierung der IVK-Arbeit (dann könne man gleich zu Amnesty International gehen). Gerade die Formulierung betont den politischen Charakter der Gefangenen, die nicht deswegen gefoltert würden (und damit gegen die MRK verstossen werde), weil die Repression zunimmt, sondern weil sie sich in einem polit. Zusammenhang befinden, die Politik könne nicht von den Gefangenen getrennt werde.

Wichtig ist nicht so sehr, wie der Begriff nun heisst (ob Neuer Faschismus, ob Konterrevolution usw.), sondern welche Tatsachen zu dieser Einschätzung führen. Daraus ergibt sich, daß es eben hauptsächlich um die RAF-Gefangenen in der BRD gehen muss (andere Gef. wurden bis vor kurzem -Ausbruch in Berlin- nicht isoliert; ~~mit~~ mit Roth oder Zahl werde man sich ~~Kämpfer/Praxis/Zeit/Vertrag~~ auseinandersetzen). Richtig ist, daß natürlich auch ETA-Gef. oder IRA-Gef. gefoltert würden (in dem Zusammenhang wurde auch kritisiert, daß die Sektion BRD - im Unterschied zu Frankr. - nichts zu den Murray's unternehmen haben, Schily hätte das machen sollen)

b) Dem Argument der Verbreiterung der Basis wird entgegengehalten, daß für denjenigen, der weiss, was abläuft, es kein Problem gibt, sich zu engagieren. Problematisch sei eben eine "Öffnung" zu den Persönlichkeiten zu machen, das würde lediglich zu einer weiteren Defensive führen, während Aufgabe des IVK auch sei, offensiver zu werden.

Als Beispiel aus der Praxis wird von der ital. Sektion genannt, daß sie zu jeweiligen konkreten Punkten an die bekannten Personen rantreten und sie auffordern, dazu etwas zu machen. Diese Personen sollten nicht auch noch im IVK rumsitzen, dann ginge die Identität verloren.

c) Der Vorschlag, die Präambel zu ändern, müsse erst einmal in den Sektionen diskutiert werden - wird von ital. Vertr. genannt, die auch einige Kritik anbringt (Neben der Einheit der europ. Staaten gibt es Besonderheiten in den einzelnen Ländern, die jeweils auch Bedingung für die Politik der ital. Sektion ist; eine Spezialisierung auf ein Problem sei schlecht wie sich an der Veranstaltung Mai '75 in Mailand gezeigt hätte damals seien eine Reihe von Anwälten weggegangen; die Aufgabe für die ital. Sektion zur IUK sehen sie darin, a) die Kollaboration der Behörden offen zu legen, b) Lelio Basso für die IUK zu aktivieren

Frz. Sektion (Mehrheit) meint, man müsse die Formulierung nochmal überlegen, wichtig sei die Identität der Mitglieder des IVK, der Einwand zur den Persönlichkeiten sei richtig. Das alles hat aber die strittigen Punkte nicht geklärt.

4. Internat. Sekretariat

Die holl. Sektion ist bereit, solch eine Funktion zu übernehmen. Auch bereits auf dem letzten Treffen in Paris hatte sich bereits gezeigt (s. Protokoll), daß es unbedingt notwendig ist, die Zus.arbeit zu verbessern. Auch bei diesem Treffen sollte der Termin bereits 14 Tage vorherz stattfinden, was eben nicht klappte.

5. Anti-Terror-Deklaration

Die ital. Sektion schlägt vor, neben der Pk in Mailand eine weitere in der BRD zu machen, Thematik: Am Beispiel Susanne Mordhorst die Einwirkungen der BRD auf andere Staaten deutlich zu machen, weil hiermit erneut die Verfolgung von Genossen klar wird.

Von den Holländern wird kritisiert, daß die inhaltliche Zusammenarbeit der einzelnen IVK-Sektion schlecht ist, neben den nationalen Aktivitäten müssen mehr überregionale Veranstaltungen stattfinden (dafür sei die Entgegnung auf die Anti-76/77 Terror-Erkl. eine wichtige Gelegenheit)

Was ich vergessen habe: (obwohl es inhaltlich drin ist): einer der Punkte der Auseinandersetzung ist die Frage gewesen, wie man sich zur Frage der Gewaltanwendung stellen solle, was eben für die frz. Mehrheit problematisch ist. Es scheint, als habe sie Schwierigkeiten gegenüber solchen Gefangenen, die "Gewalt" praktiziert haben. Dieser Punkt ist für die anderen Sektionen unbedeutet, stellt kein Problem dar.

Anm! Die Diskussion ging ziemlich hin und her, später wiederholten sich die Argumente, was zeigte, daß der Standpunkt der frz. Sektion weiter diskutiert werden muss. Die Argumente wurden z.T. in französisch vorgetragen, die Übersetzung war meistens nicht wörtlich, so daß sich von daher Ungenauigkeiten in der Wiedergabe ergeben können.

Hier folgt jetzt der 2. Teil

Durchschriften von diesem Teil gehen an: Croi  
Owi  
Heldm.

Protokoll  
Commissar

Seite 5 + 6 → wichtiges Datum

13.11.76

um 10 uhr hat die ivk-sitzung in frankfurt stattgefunden. sie ging bis 23 h. ~~hat~~ <sup>hat</sup> ~~er~~ <sup>er</sup> ~~zu~~ <sup>zu</sup> ~~lieu~~ <sup>lieu</sup>.

anwesend waren von

brd: croissant/ temming/ oberwinder / weidenhammer und bergmann nur kurz

von dyck, christian möller, ~~brigitte masson~~

italien: sandra cappelli vom komitee (solidarita militante);  
- ein anwalt konnte nicht kommen, weil die einladungszeit zu kurz war

frankreich: <sup>quintilien</sup> michel tubienas (anwalt, den ich bisher noch nicht kannte) <sup>jeu le comuniste</sup>

brigitte masson vom komitee (comite de soutien pour les prisonniers de la RAF)

belgien: ra e michel graindorge und odette haas /brüsse

holland: ra dolf hartkamp, utrecht

- ger mols vom med.-jur. komitee utrecht

schweiz: ra rambert konnte nicht kommen, da einladungsfrist zu kurz

Frankfurt

(1) graindorge/belgien

<sup>dich</sup> hat berichtet, daß am 2.10.76 in belgien die französische sektion des ivk gegründet worden sei

die diskussion dort habe gezeigt, daß in der revolutionären linken keine einheit bestehe, man hätte träume, vage vorstellungen, schweinered im kopf. unter den anstehenden problemen, die anzupacken seien, müsse man eine auswahl treffen.

deshalb in brüssel nach langer diskussion beschränkung auf pol. gef. in westeuropa

die vorschläge dort: auch irland, basken einzubeziehen.

er halte das für ein problem der kräfte und der priorität.

er sehe, daß sich in der brd -- und das sei zu belgien ein nachbarland -- ein ordinärer faschismus entwickle,

darauf gelte es jetzt die arbeit zu konzentrieren wenn man sich nicht verzetteln wolle.

er habe den eindruck einer ideologischen und organisatorischen konfusion.

es gebe jetzt in belgien 2 komitees zur unterstützung der gef. aus der raf - eines in brüssel und eines in lüttich

es gebe die iuk,

es gebe die berufsverbotskomitees.

und die leute wüßten über die funktionen/ aufgaben nicht richtig bescheid.

er kritisierte, daß er praktisch nur von croissant informiert würde, daß über paris nichts käme, daß er von felice 2 tage vorher eingeladen worden sei für frankfurt (da habe er das schon von er gewußt).

(2) michel tubienas, frankreich

konnte die tatsache, daß er allein als delegierter der franz. sektion kam, nicht erklären, indes. das nicht-erscheinen von felice, der einfach erklärt hatte, nicht zu können.

~~daß~~ einigen, die jetzt z.b. in irland gewesen seien, um gegen die todesurteile (ehelute murray) zu protestieren (ziwie + comte), finanzielle gründe geltend gemacht hätten.

er erklärte dann für die franz. sektion, daß die ra e dort einer meinung seien, daß die basis verbreitert werden müsse. die erste ziffer der präambel, daß sich die antiimp. u. antifaschistischen kämpfe in den ländern der dritten welt und den metropolen entwickeln, sei ein ideologische bewertung /bekenntnis, enthaltedschon die festlegung auf eine politische linie.

ebenso die ziffer der präambel, in der es heißt, daß die gefangenen, denen gewaltanwendung vorgeworfen wird, bestimmten haftbedingungen unterworfen würden.

solche festlegungen seien unnötig, damit würde die unterstützung von zahlreichen organisationen mit breiter basis verbaut, und ohne diese unterstützung ~~kämpfe~~ würde sich das ivk und die anwälte isolieren. das sei politisch falsch. man habe deshalb extra eine weite formulierung gewählt in dem franz. entwurf für die neue präambel. so würde dort von "zahlreichen staatsbürgern gesprochen, die wegen ihrer meinungen und politischen aktionen verfolgt würden, welcher art diese auch seien".

in die vorgeschlagene fassung der präambel müsse nach auffassung der franz. sektion noch rein:

- die kriminalisierung politischer delikte
- die mißbräuchliche anwendung (application detourne der bestehenden gesetze)

die franz. sektion erkenna an, daß die brd der promotor der repression in europa sei

die anderen länder würden aber folgen (poniatowski), weshalb der ahgriff gegen die repression global gegen alle beteiligten länder erfolgen müsse.

die beschränkung auf westeuropa werde akzeptiert (also insoweit änderung des entwurfs)

für antiimp. + antifaschistisch habe man keine klare definition/ vorstellung.  
die franz. anwälte hätten den eindruck, sie würden von der deutschen sektion auf eine bestimmte linie festgelegt - einseitig auf verteidigung der raf

- es würden informationen vorenthalten

(so über die tatsache anderer gefangenen aus anderen gruppen: 2. juni / kh roth)

und er erwähnte in diesem zusammenhang informationen, die felice auf anderem weg erhalten habe

(was das ist, war nicht rauszukriegen, entweder er hat es nicht gewußt oder wollte es nicht sagen)

- das habe zu einer vertrauenskrise geführt

- der konflikt mit groenewold werde nicht verstanden

graindorge

hat noch erklärt, er habe nach dem 26.8. - der stuttgarter pk zu ulrike - in brüssel die presse informiert, zu einer pk eingeladen:

die deutschen pressevertreter seien ungewöhnlich aggressiv gewesen, die belgischen hätten sich nicht besonders interessiert gezeigt.

er habe überhaupt festgesetzt, daß das hauptinteresse der öffentlichkeit und der kritischen leute auf folgenden schwerpunkten liege:

- haftbedingungen (folter) für pol. gefangene
- einschränkung der verteidigerrechte
- berufsverbote

*dann Diskussion (erste Sitzung CRO) über BRD/USA  
Europäer Hauptgespräch  
IVK/IVK  
Aufgaben IVK*

(3) Dolf hartkampff, utrecht

es sei ja richtig, daß man breitere basis haben sollte.

aber man könne aus der präambel, die die gründe und die ziele des ivk umreißen, nicht alle politischen inhalte herausnehmen.

die präambel in der von frankreich vorgeschlagenen fassung sei jetzt so, daß amnesty international sie auch unterschreiben könne.

man könne doch nicht außer acht lassen, daß die brd und die situation der pol. gefangenen dort im mittelpunkt stehe, daß der neue faschismus von dort ausgehe, daß in der brd eine liberale öffentlichkeit nicht mehr existiere,

es ei kein punkt, daß sich ivk auch mit anderen pol. gefangenen beschäftigen müsse, z.b. brigade rosse usw.

das ivk dürfe aber nicht defensiv regieren, sondern aktiv/offensiv

internationale  
holland sei bereit, das/sekretariat des ivk zu übernehmen.  
darüber wurde dann zu einem späteren zeitpunkt nochmals  
diskutiert. ein beschluß wurde nicht gefaßt, um den  
franzosen nicht den eindruck zu vermitteln, die deutsche/  
holl./ belg. und ital. sektion würde darüber ihre  
- klar von den franzosen verschiedene - linie durchsetzen  
wollen.

es ist aber klar geworden, daß die franz. sektion organi-  
satorisch nicht in der lage wäre, das internationale  
sekretariat so zu betreiben, wie das für eine erfolgreiche  
und rasche arbeit notwendig ist.

(4) sandra castelli, italien

die anderen sektionen müßten in ihren ländern - konkret -  
in der realität die auswirkung von funktion und rolle der  
brd auf ihre gesellschaftlichen struktur sehen.

es dürfe nicht abstrakt bleiben.

den antiimp. kampf, seine notwendigkeit, müsse man vermitteln  
und das laufe an praktischen beispielen.

die repression gegen die bewaffnet kämpfenden gruppen -  
die gefangenen - müsse in beziehung gesetzt werden zu  
den repression / den kämpfen in der fabrik.

informationen über das, was im gefängnis konkret läuft.

in italien hätten die anwälte bei der veranstaltung  
anfang mai 1975 in mailand den eindruck bekommen, man  
wolle sie für die politische konzeption der raf instrumenta-  
lisieren. sie hätten davor angst. das sei für sie eine  
gefahr. damals sei die forderung der deutschen anwälte,  
daß sie sich für den raf-prozeß, der damals bevorstand,  
einsetzen sollten, nicht richtig vorgebracht worden.  
es seien fehler gemacht worden.

man müsse schlaue vorgehen und nach den berührungspunkten  
suchen, um politisch effizient zu sein.

die politische identität des ivk dürfe aus der präambel nicht  
rausgelassen werden. es sei nicht notwendig, daß das  
ivk ~~einige~~ eine große mitgliederzahl habe. es komme  
darauf an, daß die leute, die darin arbeiteten, klare  
politische vorstellungen haben, und die präambel müsse  
so gefaßt werden, daß das ivk von der linken - auch wenn sie  
andere auffassung hätten - wegen der gemeinsamen berührungs-  
punkte unterstützt werde. wichtiges sei, die bündnis-  
fähigkeit und die operationsbasis zu schaffen/zuerhalten.

es seien in der vergangenheit fehler gemacht worden, die  
die operationsbasis eingeschränkt hätten ( so der auszug  
der anwätsgruppe ), die man in zukunft vermeiden müsse.

-- der beitrag von sandra war engagiert / hat beeindruckt  
ra tubienas hat darauf erklärt, er werde der franz.  
sektion vorschlagen, ~~den~~ die politischen gründe/ziele  
(identitätsbasis) des ivk einzubringen in die präambel

-- sandra hat erklärt, die italienische sektion hätte schon  
einen entwurf gemacht, der an alle sektionen ver-  
schickt werde



--- tubienas hat noch erklärt, die änderung der präambel müsse so sein, daß niemand sagen könne, die anwälte ~~warnt~~ des ivk setzten sich für die verteidigung der pol. gefangenen ein, weil sie der-en politik verteidigten

dazu hat er noch angeführt, daß mit der bisherigen fassung z.b. nicht die unterstützung eines abgeordneten gewonnen werden könne, der in der part socialiste und mitglied der europ. versammlung sei

(5) rae temming + oberwinder / frankfurt  
temming:

haben krisisiert, daß aus der präambel in der vorgeschlagenen fassung überhaupt nicht zu sehen sei, ~~weshalb politische was~~ ~~verhältnisse~~ auf eine ~~maximalistische~~ breitere basis gestellt werden sollten.

der abbau von freiheitsrechten sei ein allgemeines problem des imp.

das ivk habe einen konkreten ausgangspunkt: die brd / die behandlung der pol. gefangenen / und diese werde sich auf alle beziehen, die widerstand leisten.

gefangene aus der bewegung 2. juni seien vorher nicht isoliert gewesen, erst nach ausbruch in berlin ab juli 76.

in der brd selbst sei legaler widerstand nicht mehr möglich  
oberwinder:  
das politische selbstverständnis des ivk werde hinter einem taktischen problem ( wie ist eine breitere basis erreichbar ? ) versteckt.

er bezweifle auch, daß sich leute auf grund einer so weiten formulierung mobilisieren/ für das ivk gewinnen lassen.

wenn man verteidige, könne man nicht sagen: nur wegen verletzung der menschenrecht-/gesetzesbruch / und die politischen vorstellungen rauslassen (weshalb verletzung der menschenrechte, gesetze )

(6) konkrete punkte

(a) sandra castelli brachte den vorschlag ein, am 26.11.in mailand eine pressekonferenz zu veranstalten mit dem hauptthema

europäische terrorismuskonvention / pol. bedeutung  
die initiatoren-und durchführungsrolle der brd  
konkrete folgen in den einzelnen ländern

das klima in mailand für eine derartige internationale pk sei günstig: die verhaftung von susanne mordhorst habe einiges vermittelt über die funktion der brd

- hierzu die presseerklärung von susanne + spazzali

den einführenden beitrag für die pk möchte spazzali übernehmen, seinen beitrag möchte er zuvor an die sektionen schicken, sagte tubienas. sandra meinte, das gehe.

anschließend soll die belgische sektion, <sup>die in februar</sup> ~~die durch prof. soulier~~ bereits die konvention analysiert hat, über die rechtlichen/ praktischen folgen berichten, die ein inkrafttreten der konvention bewirken würde.

die konvention ist auf ministerebene unterzeichnet, muß aber noch von den länderparlamenten gebilligt /ratifiziert werden.

anschließend sollen die vertreter der nationalen sektionen sprechen:

über den bisherigen rechtszustand in ihren ländern

die bedeutung der änderung an praktischen beispielen darlegen.

griechenland /jannopoulos natürlich zu polle ich habe mit sandra vereinbart, felice zu gewinnen. er ist offenbar in der franz. sektion starken einflüssen ausgesetzt.

international ist es aber wichtig, daß felice dort die französische sektion vertritt.

26.11.76 von tubienas kam der richtige vorschlag, daß die nationalen sektionen am gleichen tag - in ihren ländern - pressekonferenzen zum gleichen thema veranstalten, ev. mit <sup>info-</sup>veranstaltungen am gleichen tag.

in mailand ist eine solche informationsveranstaltung am 26.11. geplant.

(b) pressekonzferenz susanne mordhorst in der brd

der haftbefehl des bgh vom 21.5.1976, grundlage ihrer verhaftung, ist immer noch nicht bekannt.

das ist ein skandal. wir wissen nun grund nur das, was die ital. polizei rausgelassen hat, aus der ital. presse. ich habe sandra vollmachten - blanko - mitgegeben, weil klar ist, daß mich die BAW / der BGH nach § 146 zurückweisen wird. wir müssen sehen, wer sich für susanne legitimiert und dort den haftbefehl einsieht, sich die aktenteile geben läßt, in die sie einsicht nicht verwehren können.

daß der ehemann und der schwiegervater in die brd zur pk kommen, habe ich mit sandra diskutiert. sie ist eher dagegen.

wegen ihrer teilnahme an dem teach-in in hh spreche ich mit kg am 17.11. er könnte ~~xxxxx~~ auf der pk entsprechende erklärungen abgeben, auch zu der fotogeschichte, wo müller nachweisbar lügt.

~~sandraxxxx~~ klar, daß schily + heldmann auf dieser pk anwesend sein müssen.

(c) zu kenya / 2 deutsche pol gefangene in israelischer haft

es gibt außer ra SHAHAK, internat. Liga für menschenrechte, der in israel gefürchtet sei, noch eine israelische anwältin. sie hat eine journalistin von liberation verteidigt, die dort vorübergehend inhaftiert war.

tubienas hält es für richtig, sofort israelischen anwalt einzuschalten, um rauszukriegen, ob die gefangenen dort sind/ waren.

in einer pk sieht er die gefahr, daß die israelis abstreiten, daß die gefangenen dort waren/sind, so frech, wie die deutsche botschaft/ kenya dies tun.

er hält es für möglich, daß die gefangenen offiziell nicht geführt werden / liquidiert wurden.

falls sie in israelischen gefängnissen leben, kann das ein anwalt noch am besten erfahren, ohne sie zu gefährden.

notiz als zum TVK

wir haben alle akzeptiert,  
daß dem TVK die Rolle zufallen,  
die Anklagen gegen die ILLK  
anzusehen und dort zu  
verhaken.

COMITE INTERNATIONAL DE DEFENSE DES PRISONNIERS

POLITIQUES EN EUROPE

PREAMBULE

(Projet de la Section Française)

Depuis quelques années, des atteintes répétées aux Droits de l'Homme et aux Libertés fondamentales garantis tant par les lois nationales que par les conventions internationales se produisent en Europe Occidentale.

Ces atteintes ne sont pas isolées et revêtent des formes identiques dans les divers Etats qui les pratiquent

En effet, d'une part, nombre de citoyens sont poursuivis et emprisonnés à raison de leurs opinions ou actions politiques de quelque nature qu'elles soient, et, d'autre part, des législations d'exception sont mises en place apparemment de manière durable, dans de nombreux pays.

Ces législations d'exception

- s'inspirent de la campagne menée par divers gouvernements sur la "sécurité".
- s'accompagnent du renforcement des appareils repressifs (justice, armée, police...)
- s'accommodent d'illégalités flagrantes, par le recours notamment à la torture sous toutes ses formes.
- entraînent une réduction des garanties judiciaires traditionnelles et des droits de la Défense allant parfois jusqu'à leur négation.

Les menaces que font peser sur les citoyens ces lois et ces pratiques ont incité un certain nombre d'avocat, d'universitaires, de médecins, et d'écrivains de France, Belgique, Hollande, Italie, Angleterre, R.F.A. à créer un Comité International de Défense des Prisonniers Politiques en Europe.